

MARCEL LEJOLY, *Mitglied des Exekutivbüros der Frankophonen Sozialistischen Partei (Belgien), Minister der deutschsprachigen Gemeinschaft*: Liebe Genossinnen und Genossen! Als Mitglied des Vorstandes der Parti Socialiste in Belgien freut es mich, am XI. Parteitag der SED in Berlin teilnehmen zu können. Hiermit möchte ich die Verbundenheit der Parti Socialiste, welche 1985 ihr 100jähriges Jubiläum feierte, mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausdrücken und ihr zum 40jährigen Jubiläum gratulieren.

Der XI. Parteitag berät nicht nur die gesellschaftspolitischen Fragen Ihrer Republik, er befaßt sich auch mit Fragen der internationalen Lage und der Sicherung des Friedens.

Die belgische Parti Socialiste hat mit viel Interesse die Vorschläge des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, zur Kenntnis genommen. Wir stellen fest, daß die UdSSR und ihre Verbündeten der Beendigung des Wettrüstens und der Abrüstung große Bedeutung beimessen, und drücken die Hoffnung aus, daß der Westen auf diese Vorschläge eine konstruktive Antwort geben wird. Erschreckt hat uns die Konfrontation zwischen den USA und Libyen. Wir erinnern daran, daß der Terrorismus in all seinen Formen, ob er nun das Werk eines einzelnen oder militanter Gruppen oder aber durch Staaten organisiert ist, eine der schlimmsten Geißeln unserer Zeit ist, gegen die ein entschiedener und koordinierter Kampf geführt werden muß. Keine Provokation kann rechtfertigen, daß ein Land zur Gewalt greift, selbst wenn es sich um ein Land handelt, mit dem wir verbündet sind. Die Parti Socialiste hat deshalb die belgische Regierung gebeten, jede Initiative zu unterstützen, um einen bewaffneten Konflikt zu verhindern. Die Aktion des amerikanischen Präsidenten betrachte ich persönlich als unverantwortlich.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß ohne eine gemeinsame und wirksame Politik Westeuropa dazu verdammt ist, die Folgen einer Politik zu ertragen, die jenseits des Atlantik ausgeheckt wird, einer Politik, von der man nicht einmal behaupten darf, daß sie den Interessen der amerikanischen Nation dient, da sie die ganze Welt an den Rand des Abgrundes eines Krieges führt, für den diese Nation jedoch auch hart zahlen müßte.

Reagan hat sich Europas wie eines Trittbretts bedient: Von Westeuropa aus startete der Angriff, in unserer Region finden die Attentate statt, aber zu sagen haben wir nichts. Reagan praktiziert das Gesetz des Stärkeren. Würde er morgen, genau wie er es tat, als er diese „Strafexpedition“ verteidigte, akzeptieren, daß Nikaragua Städte im Süden der Vereinigten Staaten bombardiert, da doch von dort aus der Terrorismus der Contras gegen die Regierung in Managua gesteuert wird?

In diesen Zeiten schwerer Krisen heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren. Moskau tat es bisher, und dies, um den Geist von Genf zu erhalten.

Ich wünsche mir, daß alle in Berlin versammelten Parteien — und insbesondere die